



**DEUTSCHER RICHTERBUND**

**Verein der Richter und  
Staatsanwälte in  
Baden-Württemberg e.V.**

**MITTEILUNGEN**

**2'2011**

**Einladung zur Mitgliederversammlung in Ellwangen  
am 8. Juli 2011**

---

**Berichte des Vorsitzenden (Grewe) und des  
Kassenwarts (Engelbrecht)**

---

**EDV-Fragebogen — Auswertung**

---



■ Inhalt	Seite
Editorial	2
Einladung zur Mitgliederversammlung in Ellwangen	3
Bericht des Vorsitzenden (Grewe)	4
Kassenbericht (Engelbrecht)	7
EDV-Fragebogen (Original)	9
EDV-Fragebogen – Auswertung	11
Personalien	14

## ■ IMPRESSUM

### Mitteilungen DEUTSCHER RICHTERBUND

**Verein der Richter und  
Staatsanwälte in  
Baden-Württemberg e.V.**

#### Juni 2011

Mitgliederzeitschrift des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V.

Postanschrift:  
Hauffstraße 5, 70190 Stuttgart

Vorsitzender: Matthias Grewe  
Telefon 0751/8061639

Kontoverbindung: BW Bank Stuttgart  
Nr. 2929550 BLZ 60050101

Geschäftsstelle: Beatrix Masen,  
c/o AG Stuttgart,  
Hauffstraße 5, 70190 Stuttgart  
Telefon 0711/24 37 20

Richterverein-BW@t-online.de

Verantwortlich:  
VR'inLG Cornelia Praast-Dieterich,  
Landgericht Stuttgart, Urbanstraße 20,  
70182 Stuttgart, Telefon 0711/212-3682

Druck: waldenbucher druckerei gmbh

## ■ EDITORIAL

### Liebe Leser,

liebe Kolleginnen und Kollegen,  
es grünt so grün – nicht nur im Garten!

Wir sind jedenfalls sehr gespannt auf unsere neuen Gesprächspartner im Justizministerium, auf die Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Ziele und Vorhaben. Wird die Justiz den Stellenwert bekommen, der ihr gebührt, und zwar nicht nur verbal? Unser Vorsitzender Matthias Grewe stimmt Sie in seinem Bericht für die Mitgliederversammlung am 8. Juli in Ellwangen schon mal auf den Wechsel und die damit verbundenen Hoffnungen bzw. Erwartungen ein.

Eine „Baustelle“ können wir schon jetzt benennen – das Thema neue EDV-Systeme. Mehr als 200 Kolleginnen und Kollegen aus Gerichten und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg haben sich der Mühe unterzogen, und nicht nur unseren Fragebogen ausgefüllt, sondern auch noch detaillierte Verbesserungsvorschläge in (arbeits-)technischer und inhaltlicher Sicht gemacht. Lesen Sie dazu die Auswertung in diesem Heft! Hier besteht jedenfalls dringender Handlungsbedarf – jedoch nicht im Sinne von Aktionismus, sondern Versorgung mit Handwerkszeug ausgerichtet am Anwenderbedarf! Eine umfassende und von Fachleuten vorbereitete „Kundenbefragung“ durch das JM selber wäre sicherlich zielführend – manchmal braucht man eben mehr als nur einen Hammer!

Zu unserer Mitgliederversammlung am 8. Juli ab 11.30 Uhr im Landgericht Ellwangen möchten wir Sie herzlich einladen. Über zahlreiches Erscheinen freuen wir uns sehr. Auch wenn dieses Jahr keine Wahlen anstehen, kön-

nen wir Ihnen einen sehr interessanten Gastvortrag anbieten: Professor Dr. Jörg Kinzig (Universität Tübingen) wird zum Thema Sicherungsverwahrung sprechen. Nach der aktuellen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist das Thema in aller Munde, nicht nur in Volkes Munde, wo man die gefährlichen Straftäter außer Rand und Band und vor allem in der Nähe potentieller Opfer sieht, auch bei den „Finanziers“ ob der möglicherweise recht kostspieligen Umsetzung und natürlich bei den Juristen sowohl in der Praxis als auch der akademischen Auseinandersetzung.

Ein Extra-Willkommensgruß gilt unseren neuen Mitgliedern! Schon wieder eine stattliche Zahl an Neuzugängen – es wäre schön, wenn wir Sie für eine aktive Mitarbeit im Richterverein gewinnen könnten!

Mit herzlichen Grüßen

Ihre  
Cornelia Praast-Dieterich



## Einladung zur Mitgliederversammlung 2011

Zur Mitgliederversammlung des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V. am

**Freitag, den 8. Juli 2011 um 11.30 Uhr s.t.  
im Landgericht Ellwangen,  
Schwurgerichtssaal,  
Marktplatz 6 in 73479 Ellwangen**

laden wir alle Mitglieder ein.

### Tagesordnung

- 11.30 Uhr      **Verbandsinterner Teil**
1. Begrüßung
  2. Grußworte
  3. Bericht des Vorsitzenden
  4. Kassenbericht
  5. Bericht des Kassenprüfers
  6. Aussprache zu Nr. 3. bis Nr. 5
  7. Mitgliedsbeitrag
  8. Bestellung des Kassenprüfers
  9. Entlastung des Vorstandes
  10. Verschiedenes
- 14.00 Uhr      **Öffentlicher Teil**
1. Begrüßung und Ansprache des Landesvorsitzenden
  2. Grußworte
  3. Ansprache des Justizministers des Landes Baden-Württemberg zu aktuellen justizpolitischen Themen (angefragt)
  4. Vortrag Prof. Dr. Kinzig, Tübingen, zum Thema: Sicherungsverwahrung
- 16.45 Uhr      voraussichtlich **Empfang der Stadt Ellwangen**

## ■ Bericht des Vorsitzenden zur Mitgliederversammlung am 8. Juli 2011 in Ellwangen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bericht eines Vorsitzenden ist eine gute Übung: Erneuter Anlass für Rückschau und Ausblick. Die Landtagswahl vom 27. März diesen Jahres hatte dabei besonderes zentrales Gewicht. Mit den von uns erstellten und versandten Wahlprüfsteinen haben wir die rechtspolitischen Themen besonders betont, von allen Parteien Stellungnahmen erbeten und von den im Landtag vertretenen Parteien auch erhalten.

Eine solche Wahl kann auch uns Anlass sein, unsere Inhalte zu prüfen, zu hinterfragen, unsere Schwerpunkte zu setzen.

### **I. Mitglieder/Gespräche:**

Die Besuche bei den Bezirks- und Fachgruppen konnte ich weiter fortsetzen. Besonders hat es mich gefreut, dass es gelingen konnte, eine Bezirksgruppe wieder neu und mit frischer Energie und frischem Schwung zu versehen. Bei aller Mühe um technischen Fortschritt in Form von E-Mail und Newslettern, DRB-Forum und Ähnlichem: Es sind die Bezirksgruppen und die Fachgruppen, die das Bild unseres Vereins vor Ort prägen. Hier sind die direkten Ansprechpartner, hier gilt es Stimmungen sensibel aufzugreifen und hier werden auch Antworten eingefordert. Ich freue mich auf diese Besuche, sie sind mir wichtig.

Unser Verband hat jetzt über 1600 Mitglieder. Deren Fähigkeiten und Begabungen sind uns ebenso wie deren Einsatzbereitschaft im geschäftsführenden Vorstand nicht immer bekannt. Jeder von Ihnen ist eingeladen, am Gesicht unseres Verbandes mitzuwirken.

Die anderen Besuche haben wir ebenfalls fortgesetzt, zum Beispiel bei Politikern verschiedener Parteien oder Kolleginnen und Kollegen unserer Gerichte und Staatsanwaltschaften. Die regelmäßigen Gesprächsrunden unseres geschäftsführenden Vorstands mit dem Justizminister wollen wir fortsetzen. Offen geblieben ist aus dem letzten Gespräch insbesondere die Forderung nach einem Alarmierungskonzept, bzw. der Bereitstellung technischer Hilfen konsequenter Alarmierung für Justizgebäude. Wir werden diese Forderung wiederholen, auch um den Amtsvorständen vor

Ort ein Hilfsmittel für die Gespräche und Verhandlungen mit der Gebäudeverwaltung an die Hand zu geben. Offen geblieben ist auch die Frage der sogenannten Lebensarbeitszeitkonten. Hier haben wir bereits gegenüber dem Ministerium unsere Bedenken dargelegt und warten auf eine inhaltliche Stellungnahme unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Justiz. Eine dieser Besonderheiten ist, dass unsere Verfahren nicht durch geburtenschwache Jahrgänge ruckartig wegfallen werden, sondern, dass unsere Belastung zunächst bleibt.

### **II. Themen:**

Manche Themen haben etwas an Dramatik und Dynamik nachgelassen, andere sind hinzugekommen. Der Koalitionsvertrag macht Hoffnung auf Gesprächsbereitschaft an bislang festgemauert erscheinenden Positionen. Wie die Schwerpunkte in den uns betreffenden Bereichen konkret aussehen, werden wir in den nächsten Wochen wissen.

#### *Selbstverwaltung:*

Das Thema ist nach wie vor aktuell. Es ist auch im Koalitionsvertrag genannt. Es zeigt sich, dass es richtig war, die Diskussion nicht abzubrechen, sondern sie offen zu führen, Vor- und Nachteile zu benennen. Das Thema Selbstverwaltung ist in der Politik Baden-Württembergs angekommen. Es ist kein Thema mehr, das nur die Gremien des Deutschen Richterbundes beschäftigt. Es zeigt sich, dass unser Weg der Meinungsfindung im Gesamtvorstand in einer Klausurtagung und die Besuche bei den Bezirks- und Fachgruppen richtig und wichtig waren: Die Frage der Selbstverwaltung ist zu wichtig, als dass wir es uns leisten könnten, uns gar keine Gedanken dazu zu machen.

Der Koalitionsvertrag enthält einen Prüfauftrag zu diesem Thema: Dies ist eine gute Ausgangsbasis für eine Diskussion. Mit den Vorsitzenden der Verwaltungsrichter und der Finanzrichter habe ich ein Gespräch zu diesem Thema geführt. Wir waren uns einig, dass wir uns einer Diskussion nicht verschließen. Basis aller Überlegungen – da sind wir uns mit diesen Verbänden geschlossen einig! – ist das Bestehenbleiben des Präsidialratssystems in seiner starken Ausprägung in Baden-Württemberg. Und gemeinsame Basis ist auch, dass es keine Selbstverwaltungsdiskussion ohne Einbeziehung der Staatsanwaltschaften geben darf. Der Koalitionsvertrag mit seinem Prüfauftrag ist nicht das Ende der Diskussion, auch nicht in unseren eigenen Reihen. Die Meinungsvielfalt und die ver-

breiteten Sorgen gilt es ernst zu nehmen. Aber ich denke, dass wir uns einig sind, dass wir uns aktiv an diesem Prozess beteiligen müssen. Wir im geschäftsführenden Vorstand sind dazu bereit.

*Besoldung:*

Im Verlauf des letzten Jahres ist es noch gelungen, das Projekt der Leistungselemente im Rahmen der Besoldung umzusetzen. Das Dienstrechtsreformgesetz mit dem zugehörigen Landesbesoldungsgesetz ist verabschiedet worden. Seit Januar 2011 konnten eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen, insbesondere bei den Staatsanwaltschaften und den Amtsgerichten, auf zusätzlich geschaffenen Beförderungsstellen ernannt werden. Wir sind froh, dass wir zur Schaffung dieser Möglichkeit einen wichtigen Beitrag geleistet haben, dass wir eine spürbare Verbesserung für eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen erreicht haben; mancher Widerstand musste dazu überwunden werden.

Zum 1. April 2011 ist eine Erhöhung der Besoldung um 2% in Kraft getreten, wie es hieß im Vorgriff auf den anstehenden Tarifabschluss. Ein Zusammenhang mit der Landtagswahl liegt nahe, ändert aber nichts an der grundsätzlichen Richtigkeit des Vorgehens. Es muss zu einer eigenständigen Bewertung der Besoldung kommen. Für die Besoldung gelten gesetzliche und verfassungsmäßige Vorgaben, die im Tarifbereich nicht gelten. Es ist im gegenwärtigen System eine Kernkompetenz des Parlaments, sich um diese Dinge selbst zu kümmern und nicht nur einem Tarifabschluss – oft genug mit Verzögerung – nachzulaufen. Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung vor dem Finanzausschuss des Landtages habe ich darauf hingewiesen, dass diese Initiative der Regierungsfractionen im Grundsatz geboten und richtig ist. Die Struktur der Besoldung, die Höhen ebenso wie die Abstufungen, sind vom Parlament zu verantworten; dieses sollte sich die Initiative nicht nehmen lassen – die Verantwortung behalten die Abgeordneten sowieso.

*Belastung:*

Mit großer Freude haben wir die Ausführungen im Koalitionsvertrag zur personellen Ausstattung der Gerichte gelesen. Ähnliches hatten alle Parteien in den Wahlprüfsteinen, die wir versandt hatten, geschrieben. Aber natürlich sind wir am Ergebnis interessiert und an dem wird jede Regierung gemessen werden, auch die neue. Wir werden seit Jahren damit getröstet, dass es uns gut gehe, weil man uns keine Stellen streiche. In kaum einem Bundesland muss die Justiz aber mit so

wenig Richtern und Staatsanwälten je Einwohner auskommen wie bei uns. Hier fehlt es an der Bereitschaft der bisherigen Landesregierungen insgesamt, die notwendige Verantwortung zu übernehmen. Es geht um die Frage, ob die einzelnen Staatsanwaltschaften und Gerichte mit dem nötigen Personal ausgestattet sind, um ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können. Den ständigen Aufgabenzuwachs – aktuell insbesondere im Rahmen der Sicherungsverwahrung und Führungsaufsicht sowie nach dem FamFG – habe ich bereits vor einem Jahr angesprochen. Inzwischen ist man wohl so weit, in den PEBB§Y-Gremien nach neuen Bewertungen zu suchen. Aber der Stand der Gespräche, der Zeitplan werden nicht mitgeteilt, und vor allem fehlt es an einem klaren Bekenntnis, dass für den Fall, dass sich auf der Grundlage dieser geänderten Berechnung ein zusätzlicher Stellenbedarf ergibt, dieser auch erfüllt wird. Wir befürchten vielmehr, dass so lange gerechnet wird, bis man wieder zu dem Ergebnis kommt, nichts ändern zu müssen. Transparenz über den Entwicklungsprozess zur Neubewertung der Belastungszahlen könnte hier helfen – wir haben viel von einem neuen Politikstil gehört: Hier wäre eine Möglichkeit diesen umzusetzen.

Die einseitige Auferlegung zusätzlicher Aufgaben ohne jeden Ausgleich muss ein Ende haben. Das hat nichts mit Haushaltskonsolidierung zu tun. Diese ist auch ein berechtigtes Anliegen. Aber wer sparen will, muss selbst auf Dinge verzichten. Keine Landesregierung und kein Landtag wollte aber bislang verzichten. Alle wollten bislang weiterhin genügend Mittel im Haushalt haben, um damit politisch agieren zu können, ihre persönlichen Schwerpunkte setzen zu können. Wir sollen mehr Aufgaben bewältigen, damit andere sich den gewünschten Spielraum erhalten. Warum sollten wir? Wir werden weiterhin einfordern, dass jedenfalls die PEBB§Y-Deckungszahl von 100% bei keiner Dienststelle konstant unterschritten wird. Mit Blick auf die Staatsanwaltschaften und bei einem Teil der Gerichte bedeutet dies eine dringend erforderliche Erhöhung des Personals. Kaum einer von denjenigen, die sich mit dieser Materie befassen, bestreitet das. Dann sollte man auch den Mut zur Umsetzung haben.

Unsere Arbeitswelt in Gerichten und Staatsanwaltschaften wird zunehmend von Computern mit neuen EDV-Programmen bestimmt. Das ist normal, geht allen Berufen so. Während es bei anderen Berufen aber selbstverständlich ist, dass diese EDV den Arbeitsalltag für den Anwender verbessert, also erleichtert oder beschleunigt, gilt

das offensichtlich nicht für uns. Eine Erhebung zur „Kundenzufriedenheit“ der Anwender ist nie vorgenommen worden. Es wäre an der Zeit, dass eine solche Umfrage oder Überprüfung durch das Ministerium durchgeführt oder in Auftrag gegeben wird. Wir haben diese Umfrage durchgeführt! Und wir haben viele Antworten erhalten. Die überwiegende Anzahl der Befragten hat angegeben, mehr Zeit zu verwenden, als wenn sie „von Hand“ tätig wären. Bei manchen Stellen werden gar Formulare wieder ausgedruckt und von Hand ausgefüllt, weil ein Arbeiten mit dem Programm zu kompliziert wäre. Das Fazit aus unserer Sicht: Diese Programme sind ungeeignet, jedenfalls im gegenwärtigen Stadium. Ein Programm, das von dem Bearbeiter mehr Zeit einfordert als die Bearbeitung von Hand, ist ungeeignet! Es stellt für den Anwender keine Verbesserung dar. Auch die gezielte und vom System vorgegebene Verlagerung von Arbeiten der Servicestellen auf die Kolleginnen und Kollegen ist aus unserer Sicht ein Fehler. Über einen Effekt, durch den das EDV-System bestimmte Tätigkeiten überflüssig machen würde, wäre aus unserer Sicht nicht ohne Weiteres etwas einzuwenden. Aber eine reine Verlagerung der Tätigkeiten macht nicht nur keinen Sinn, sondern sie ist Unsinn. Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen wird erhöht und das geht auf Kosten der Gesundheit und der Qualität unserer Arbeit. Das darf niemandem gleichgültig sein. Wir werden dieses Thema weiter verfolgen. Wohlgemerkt: wir verschließen uns nicht technischen Neuerungen, sondern sind für diese offen. Aber technische Veränderungen dürfen nicht um ihrer selbst willen eingeführt werden, sondern sie müssen für die Anwender Vorteile bringen.

#### *Versicherungen/Assessorenmappe:*

Die Tatsache einer Versicherung für alle aktiven Mitglieder ist von sehr vielen Kolleginnen und Kollegen positiv bewertet worden. Gleiches gilt für die von uns erarbeitete Assessorenmappe. Wir werden diese Konzepte fortführen.

#### *Homepage:*

Die neue Homepage ist fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen freigeschaltet. Wir wollen versuchen, diese auch ständig aktuell zu halten. Insbesondere die Möglichkeit, Veranstaltungen benachbarter Bezirksgruppen aufzugreifen, kann damit erleichtert werden.

#### *Gremien des DRB:*

Wir sind weiterhin in den Gremien des Deutschen Richterbundes vertreten, mit zwei Mitgliedern im Präsidium, dem Vorsitzenden und mit Vertretern

in den noch sechs Kommissionen. Insbesondere das sogenannte Netzwerk Ethik, in welchem wir ebenfalls mit einem Kollegen vertreten sind, war sehr intensiv tätig.

### **III. Mitgliedsbeitrag:**

Wir, die Mitglieder des Gesamtvorstandes, schlagen Ihnen vor, den Mitgliedsbeitrag neu festzusetzen. Diese Aufgabe ist nach der Satzung der Mitgliederversammlung vorbehalten. Mehrere Gründe sind für diesen Vorschlag maßgeblich:

- Immer mehr Kolleginnen und Kollegen sind als Ehepaare in der Justiz. Beide wollen wir als unsere Mitglieder, beiden wollen wir unsere Leistungen anbieten und wir wollen auch die Mitgliedschaft, das mögliche Engagement und die Ideen von beiden. Aber die Richterzeitung brauchen diese Paare nur einmal. Deswegen wollen wir eine Angleichung an die Situation derer, die ebenfalls keine Richterzeitung erhalten.
- Den Assessoren kommen wir seit Jahren entgegen. Der Ursprung dieser Übung lag in der Herabsetzung der Besoldung für die Assessoren, die bereits einmal Ende der 1980er Jahre erfolgt war und jetzt wieder – gegen unseren Protest – eingeführt worden ist. Wir wollen dieses Entgegenkommen fortsetzen. Wir haben aber keine Möglichkeit zu erfahren, wann die Assessorenzeit des Einzelnen endet. Auch die Bezirksgruppenvorsitzenden oder die Vorsitzenden der Fachgruppen erfahren dies nicht immer. Das hat dazu geführt, dass wir bei einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen nur den reduzierten Beitrag erhalten, manchmal über Jahre hin. Mit der neuen Regelung führen wir zusätzlich eine zeitliche Befristung ein; die Reduzierung des Beitrages endet damit „selbstständig“. Der Beitrag für Assessoren wird an die Kosten, die sich aus den Zahlungen an den DRB den Heymanns Verlag als feste Kosten ergeben, angeglichen.
- Entscheidender Gesichtspunkt für die jetzige Anpassung an unsere Ausgaben ist die Erhöhung der Versandkosten der Deutschen Richterzeitung. Diese Kosten haben dazu geführt, dass wir bei unseren Jahresabschlüssen zu einem strukturellen Defizit gelangen; und auf ein strukturelles Defizit muss man reagieren, nicht lediglich auf Rücklagen zurückgreifen. Es handelt sich um Mehrkosten für unseren Verband in Höhe von fast 7.000,- € jährlich. Das können wir im laufenden Betrieb nicht einsparen. Wir schla-

gen Ihnen daher eine entsprechend Erhöhung vor.

Die letzte Erhöhung des Mitgliedsbeitrages fand vor mehr als zehn Jahren statt. Wir halten es daher für vertretbar, mit diesem Ansinnen um eine Erhöhung an Sie heranzutreten.

Der Vorschlag für die Mitgliederversammlung lautet:

- reguläre Mitgliedschaft	145,- €
- für Assessoren, längstens drei Jahre	115,- €
- für Pensionäre	115,- €
- für Pensionäre ohne DRiZ	90,- €
- für Ehegatten von regulären Mitgliedern (ohne DRiZ)	90,- €
- für Ehrenmitglieder	60,- €

#### IV.:

Die Arbeit im geschäftsführenden Vorstand ist vielfältig. Ohne die Mithilfe aller in diesem Vorstand wäre die Arbeit des Verbandes, wie Sie sie wahrnehmen, nicht möglich. Jedem Einzelnen sage ich an dieser Stelle ausdrücklichen Dank für diese Tätigkeit und sein großes Engagement.

Ich würde mich sehr freuen, viele von Ihnen in Ellwangen begrüßen zu können. Um eine hohe Teilnehmerzahl bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu ermöglichen, haben wir den Beginn der Veranstaltung für den nichtöffentlichen Teil auf 11:30 Uhr festgelegt. Ellwangen und die Mitgliederversammlung sind lohnende Ziele!

Matthias Grewe

## ■ Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2010/2011

vom 1. April 2010 bis zum 31. März 2011

<b>Einnahmen:</b>	<b>2008/2009</b>	<b>2009/2010</b>	<b>2010/2011</b>
Mitgliedsbeiträge	177.403,00 €	183.741,93 €	187.072,71 €
Zinsen	4.904,17 €	4.463,26 €	4.201,93 €
Werbemittel DRB	588,48 €	3.541,04 €	0 €
Sonstige Einnahmen	10,00 €	0 €	0 €
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>182.905,65 €</b>	<b>191.746,23 €</b>	<b>191.274,64 €</b>
<b>Ausgaben:</b>			
Rückerstatt. aus Beitragseinnahmen	2.437,56 €	2.421,55 €	3.097,81 €
Reisekosten	7.696,28 €	14.770,93 €	7.949,89 €
Gehalt und Vergütung	12.086,32 €	11.556,28 €	10.787,73 €
Sozialabgaben	2.305,47 €	2.385,86 €	2.207,18 €
Büromaterial und Einrichtung	1.682,78 €	2.397,83 €	1.050,62 €
Porto	847,51 €	816,30 €	871,25 €
Telefon	781,47 €	575,85 €	485,27 €
Miete	2.160,00 €	2.160,00 €	2.160,00 €
Gruppenbeiträge	9.630,00 €	10.220,00 €	10.530,00 €
DRiZ	60.351,28 €	60.228,95 €	69.121,58 €
DRB-Beiträge	73.639,84 €	72.396,44 €	78.235,60 €
Sonderausgaben	7.544,38 €	1.889,69 €	8.291,70 €
Drucksachen	9.354,10 €	8.385,31 €	9.027,32 €
Bankgebühren	212,87 €	200,50 €	215,14 €
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>190.729,86 €</b>	<b>190.405,49 €</b>	<b>204.031,09 €</b>
<b>Saldo</b>	<b>- 7.824,21 €</b>	<b>+ 1.340,74 €</b>	<b>- 12.756,45 €</b>

Das Geschäftsjahr 2010/2011 hat mit einem größeren Verlust abgeschlossen.

Während sich die Einnahmen im Wesentlichen auf Vorjahresniveau bewegt haben, sind einzelne Ausgaben erheblich angestiegen. Zum einen ist dies dem starken Anstieg der Portokosten für die Deutsche Richterzeitung geschuldet, die im Jahresbeitrag enthalten sind. Die Portokosten haben sich von 9,20 Euro bis 2009 auf 14,40 Euro ab 2010 erhöht, dies bedeutet bei ca. 1.300 Abonnenten einen Mehrbetrag von mehr als 6.700 Euro. Der Verein ist also dringend auf die vorgesehene Beitragserhöhung angewiesen.

Auch die DRB-Beiträge sind angestiegen. Dies hat die Ursache darin, dass wir im Berichtsjahr zahlreiche neue Mitglieder gewinnen konnten.

Der Landesverband hat im März 2010 bei der Bundesvertreterversammlung des DRB in Mannheim alle Teilnehmer zu einem gemeinsamen Abend mit Abendessen eingeladen. Hierfür sind Kosten in Höhe von ca. 4.000 Euro (enthalten in den Sonderausgaben) entstanden.

Der Versicherungsbeitrag für die für alle Mitglieder im aktiven Dienst abgeschlossene Gruppen-Diensthaftpflichtversicherung mit einem jährlichen Betrag in Höhe von 905,64 Euro (enthalten in den Sonderausgaben) wurde im laufenden Geschäftsjahr zweimal (für 2010 und 2011) abgebucht.

Mein besonderer Dank gilt auch in diesem Jahr Frau Masen für die gute Zusammenarbeit und insbesondere für die zeitnahe Buchung der vielen Zahlungsvorgänge.

Karl-Friedrich Engelbrecht



## ■ Fragebogen zu neuen EDV-Systemen in der Justiz



Deutscher Richterbund

Verein der Richter und  
Staatsanwälte  
in Baden-Württemberg e.V.

- 1a. In meiner Dienststelle ist
- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> forumStar-Zivil       | <input type="checkbox"/> seit weniger als 6 Monaten |
| <input type="checkbox"/> forumStar-Familie     | <input type="checkbox"/> seit mindestens 6 Monaten  |
| <input type="checkbox"/> forumStar-Straf       |   |
| <input type="checkbox"/> web.sta3.0/TV-STA-neu |   |
- installiert.
- 1b. Mein Lebensalter
- ≤ 30  
 31 - 40  
 41 - 50  
 51 - 60  
 61 - 65
- 1c. bisher habe genutzt:
- Hades  
 Sijus/Genius  
 websta 2.0  
 TV-STA
2. Ich nutze forumStar/websta3.0
- stets für alle möglichen Anwendungen  
 regelmäßig, für den überwiegenden Teil der Anwendungen  
 nur für einige wenige Anwendungen  
 nur ausnahmsweise  
 gar nicht
- 3a. Ich nutze - soweit möglich - die Möglichkeit, vorgegebene Formulare auszudrucken und von Hand auszufüllen
- häufig  
 gelegentlich  
 ich würde gerne, aber das System lässt das nicht zu
- 3b. Ich benutze forumStar/websta3.0, da
- die Dienstanweisung es vorschreibt  
 ich der Arbeit mit EDV-Systemen interessiert bin  
 ich es will und die Arbeit mit solchen Systemen normal finde  
 ich dadurch die Service-Einheit entlasten kann
4. Ich bin mit dem Programm forumStar/websta3.0
- bereits gut vertraut und meine, dass sich die Bearbeitungszeit nicht mehr ändern wird  
 noch nicht gut vertraut und meine, dass sich die Bearbeitungszeit verkürzen wird
5. Meine Bearbeitungszeit hat sich durch forumStar/websta3.0
- verringert  
 nicht verändert  
 erhöht

- 6a. Bei zeitlicher Mehrbelastung: Die Mehrbelastung beträgt je Woche
- bis zu 1 Stunde
  - zwischen 1 und 5 Stunden
  - mehr als 5 Stunden
- 6b. Bei zeitlichem Vorteil: Die Zeitersparnis beträgt je Woche:
- bis zu 1 Stunde
  - zwischen 1 und 5 Stunden
  - mehr als 5 Stunden
7. Unabhängig von der Bearbeitungszeit sehe ich in der Arbeit mit forumStar/websta3.0 **für mich**
- eher Vorteile
  - weder Vor- noch Nachteile
  - eher Nachteile
8. Unabhängig von der Bearbeitungszeit sehe ich in der Arbeit mit forumStar/websta3.0 **für das Gericht/für die Staatsanwaltschaft**
- eher Vorteile
  - weder Vor- noch Nachteile
  - eher Nachteile
9. Ich habe vor, forumStar/websta3.0 in Zukunft
- häufiger zu verwenden
  - unverändert zu verwenden
  - seltener zu verwenden
10. Durch die Vorgaben von forumStar/websta3.0 fühle ich mich in meiner Arbeit
- sehr gestört
  - teilweise gestört
  - nicht gestört
11. Vorgaben (Textverarbeitung und/oder Arbeitsschritte) von forumStar/websta3.0
- akzeptiere ich immer
  - akzeptiere ich meistens
  - ändere ich regelmäßig ab
12. In meinem Gericht/meiner Staatsanwaltschaft ist es möglich, Tätigkeiten, die das Programm von mir abfragt, von den Servicekräften ausführen zu lassen.
- uneingeschränkt möglich
  - von der Leitung der Dienststelle dem Einzelnen (Richter/Dezernent) untersagt
  - von der Leitung der Dienststelle den Servicekräften untersagt
  - personell von den Servicekräften nicht leistbar
13. Ich habe den Eindruck, dass
- von mir erwartet wird, dass ich Arbeiten erledigen soll, die nicht mir obliegen
  - die Service-Einheiten nunmehr Arbeiten erledigen, die mir obliegen
  - die Arbeitsverteilung zwischen Richter / Dezernent und Service-Einheit gleich geblieben ist
14. Freitext / Wünsche an ein Programm oder an Ausstattung:

Vielen Dank für Ihre Mithilfe

## ■ EDV-Fragebogen — Auswertung

Seit 2010 wurden verschiedene Gerichte und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg mit neuen EDV-Systemen ausgestattet, und zwar mit

- forumStar-Zivil,
- forumStar-Familie,
- forumStar-Straf und
- web.sta3.0/TV-STA-neu.

Bei Gesprächen mit Kollegen aus verschiedensten Anlässen und zu unterschiedlichen Gelegenheiten zeigte sich, dass nicht alle neuen Besen gut kehren, so dass wir im geschäftsführenden Landesvorstand beschlossen haben, der Sache auf den Grund zu gehen, und eine Fragebogen-Aktion zu neuen EDV-Systemen in der Justiz zu starten.

Ab Dezember 2010 wurden unter tatkräftiger Mithilfe der Bezirksgruppen per Mail und teilweise in Papierform die Fragebögen unter die Kollegen gebracht. Die Auswertung erfolgte schwerpunktmäßig im 1. Quartal 2011. Es wurden auch noch Nachzügler bis Mai 2011 berücksichtigt. Dankenswerterweise hat unser Kollege Karl-Friedrich Engelbrecht, der die tabellarische Gesamtauswertung unter Einbeziehung der Teilauswertungen aus den Bezirksgruppen vorgenommen hat, die Tabellen für diese Auswertung nochmals aktualisiert.

Wir hatten einen Rücklauf von knapp über 200 ausgefüllten Fragebögen, darunter eine hohe Zahl, die den letzten Fragepunkt 14. für Freitext und Anregungen dazu genutzt haben, ausführlich ihre Erfahrungen, Wünsche und Anregungen darzulegen.

Vorausgeschickt sei noch Folgendes:

Wie bei der Baumbach'schen Formel und jeder Umfrage sollten die Teile zusammen ein Ganzes, mithin 100% ergeben. Aufgrund von Rundungsdifferenzen ist dies nicht bei jeder Frage der Fall, so dass ich bitte, mir dies nachzusehen. Weiter ist für Statistik-Profis anzumerken, dass bei einigen wenigen Fragen Doppelnennungen erfolgten, so dass sich auch hieraus geringe Verschiebungen ergeben, die aber nicht im signifikanten Bereich liegen.

*Zu Frage 1:*

Zunächst wurde nach der Installation in der Dienststelle gefragt.

Bei knapp über 50% der Befragten ist

web.sta3.0/TV-STA-neu installiert, bei einem weiteren knappen Viertel forumStar-Zivil, bei 19% forumStar-Familie und bei knapp 8% Forum-Star-Straf.

Bei 75% der Befragten waren diese neuen Systeme schon länger als ein halbes Jahr zum Zeitpunkt der Befragung installiert, nur bei 25% kürzer als 6 Monate.

Bei den Altersgruppen der Beantworter sieht es wie folgt aus: Mit 32% stellt die Gruppe mit 41 bis 50 Lebensjahren den größten Anteil, auf dem Fuße folgen mit je 25% die Altersgruppen 31 bis 40 und 51 bis 60. Von der jüngsten Altersgruppe bis 31 sind 12% der Antworten, und von der Gruppe 61 bis 65 7% der Antworten.

Bei der Frage nach den bisher genutzten Systemen haben jeweils etwa 30% vorher Sijus/Genius bzw. TV-STA genutzt, 19% HADES, 17% websta 2.0 und knappe weitere 5% haben vorher jedenfalls keines der vier vorgenannten benutzt.

*Zu Frage 2:*

Hier wurde mittels vorformulierter Kurzvorgaben nach der Intensität/Frequenz der Nutzung von forumStar/websta3.0 gefragt. Die Mehrheit mit knappen 53% gab an, die neuen Systeme regelmäßig, für den überwiegenden Teil der Anwendungen zu nutzen, 22% gaben sogar an, dies stets für alle möglichen Anwendungen zu tun. 13% benutzen die neue Software nur für einige wenige Anwendungen, knappe 10% nur ausnahmsweise und knapp 2% gar nicht. Ein Einziger gab an, Word für Dragon und E-Mail zu nutzen.

*Zu Frage 3a:*

Hier wurde gefragt, ob man die Möglichkeit nutzt, vorgegebene Formulare auszudrucken und von Hand auszufüllen (soweit möglich). Knapp 42% tun dies gelegentlich, 20% häufig und weitere 20% würden dies gerne tun, aber das System lässt das nicht zu. Eine Verneinung war in dem Formular nicht vorgesehen, aber immerhin knappe 17% haben individuell angegeben, nie die Formulare auszudrucken, um sie dann mit der Hand auszufüllen.

*Zu Frage 3b:*

Hier wurde – wieder mittels Vorgabe möglicher Antworten – danach gefragt, warum ForumStar/websta 3.0 benutzt wird.

39% erklärten: weil sie es wollten und die Arbeit mit solchen Systemen normal fänden, 32% gaben

an: weil sie dadurch die Service-Einheit entlasten könnten, 19%: weil sie an der Arbeit mit EDV-Systemen interessiert seien, und 10%: weil es die Dienstweisung vorschreibe.

Daneben gibt es noch individuelle Antworten; diese reichen von „absolut widerwillig“ über „weil nachmittags keine Servicekraft da ist“ bis „weil es für mich sinnvoll und effizient ist“ und „weil es die Qualität verbessert“ oder „weil selbst Schreiben schneller ist als Diktat“.

#### *Zu Frage 4:*

Hier erklärten 75%, sie seien mit dem Programm forumStar/websta3.0 bereits gut vertraut und meinten, dass sich die Bearbeitungszeit nicht mehr ändern werde. Die restlichen 25% antworteten, sie seien mit dem Programm noch nicht gut vertraut, und meinten, die Bearbeitungszeit werde sich verkürzen.

#### *Zu Frage 5:*

Hier wurde gefragt, wie sich die Bearbeitungszeit des einzelnen durch forum-Star/websta3.0 quantitativ verändert hat.

Mehr als zwei Drittel gaben an, die Bearbeitungszeit habe sich erhöht. Knappe 28 % kreuzten an, die Bearbeitungszeit habe sich nicht verändert. Nur 5% erklärten, die Bearbeitungszeit habe sich verringert.

#### *Zu Frage 6a:*

Hier wurde – für den Fall einer Mehrbelastung durch die neuen EDV-Systeme – nach der Stundenzahl pro Woche gefragt. Hier gaben knapp 62% eine zeitliche Mehrbelastung zwischen 1 und 5 Stunden pro Woche an, knappe 32% eine Mehrbelastung mit bis zu einer Stunde, immerhin 6% eine von mehr als 5 Stunden pro Woche.

#### *Zu Frage 6b:*

Hier wurde – für den Fall eines zeitlichen Vorteils für den Nutzer – nach der Zeitersparnis pro Woche gefragt.

Für die wenigen, die überhaupt eine Zeitersparnis angaben, betrug diese bei der überwiegenden Mehrheit mit 75% nur bis zu einer Stunde, bei 25% zwischen einer und 5 Stunden. Eine Zeitersparnis von mehr als 5 Stunden hat keiner angegeben.

Wenn man die Bereiche 6a und 6b nebeneinander stellt, haben nicht einmal 10% der zum Zeitaufwand Befragten überhaupt eine Zeitersparnis gesehen.

#### *Zu Frage 7:*

Unabhängig von der Bearbeitungszeit sehen etwas über 45% der Befragten eher Vorteile in der Arbeit mit forumStar/websta3.0, ein Drittel immerhin eher Nachteile, während knappe 22% weder Vor- noch Nachteile sehen.

#### *Zu Frage 8:*

Diese entspricht der Frage 7, aber bezogen auf die Behörde, nicht den einzelnen Nutzer. Hier sehen – ebenfalls unabhängig von der Frage der Bearbeitungszeiten – 61% eher Vorteile für das Gericht bzw. die Staatsanwaltschaft in der Arbeit mit den neuen EDV-Systemen, 22% weder Vor- noch Nachteile und knappe 17% eher Nachteile.

#### *Zu Frage 9:*

Hier gaben 86% an, sie hätten vor, forumStar/websta3.0 in Zukunft unverändert zu verwenden, knappe 9% wollten die neuen Systeme häufiger und knappe 5% seltener verwenden.

#### *Zu Frage 10:*

Durch die Vorgaben der neuen EDV-Systeme fühlten sich in ihrer Arbeit knappe 30% nicht gestört, 8% sehr gestört und fast 62% teilweise gestört.

#### *Zu Frage 11:*

Vorgaben (Textverarbeitung und/oder Arbeitsschritte) der neuen EDV-Systeme werden von über zwei Dritteln der Befragten meistens akzeptiert, von 10% immer. Etwas über 20% ändern regelmäßig Vorgaben ab, weitere erklärten u.a., sie änderten nach Bedarf oder gelegentlich ab.

#### *Zu Frage 12:*

Es wurde gefragt, ob es in der jeweiligen Behörde möglich ist, Tätigkeiten, die das Programm vom Richter oder Staatsanwalt abfragt, von den Servicekräften ausführen zu lassen. Hier kreuzten 55% an, dies sei uneingeschränkt möglich, knappe 36% gaben an, dies sei personell von den Servicekräften nicht leistbar. Knappe 3% gaben an, dies sei dem Einzelnen (Richter/Dezernent) von der Leitung der Dienststelle bzw. den Servicekräften von der Leitung der Dienststelle (1%) untersagt. Weitere individuelle Angaben lauteten z.B., dies sei in geringem Umfang bzw. teilweise möglich, nicht gewünscht, aber auch nicht untersagt, bzw. von den Servicekräften nicht gewünscht.

#### *Zu Frage 13:*

Befragt nach dem persönlichen Eindruck (unter Vorgabe von Antwortmöglichkeiten), erklärten

etwas über 70%, sie hätten den Eindruck, von ihnen werde erwartet, dass sie Arbeiten erledigen sollten, die ihnen nicht oblägen, während nur 1% den Eindruck hatte, die Service-Einheiten erledigten nunmehr Arbeiten, die dem Befragten oblägen. Knappe 27% meinten, die Arbeitsverteilung zwischen Richter/Dezernent und Service-Einheit sei gleich geblieben. Individuell formulierte Antworten sprechen von leichter Arbeitsverschiebung bzw. dezidiert davon, man erledige Arbeiten, die einem nicht oblägen.

#### *Zu Frage 14:*

Hier war Freiraum für eigenen Text, etwa für Wünsche an Programme oder Ausstattung. Davon wurde reger Gebrauch gemacht, so dass im Folgenden die markantesten Punkte zusammengefasst werden.

Dies sind die am häufigsten genannten Verbesserungswünsche:

- Anbindung an Word
- selbsterklärende Benutzerführung (Stichworte: benutzerfreundliche Oberfläche, einheitliche Programmführung)
- schnelleres und besseres Betriebssystem (derzeit häufige Abstürze mit Datenverlust)
- mehr individuelle Eingabemöglichkeiten (zu viele inhaltliche Vorgaben)
- weniger „Klicks“ zwischen Texterstellung und Ausdrucken
- Verbesserung der Texte nach Form und Sprache (Stichwort: Visitenkarte der Justiz; betr. insbes. websta3.0)
- generelle Verbesserung von forumStar-Familie (derzeit sehr umständlich und zeitaufwändig)
- größere und besser lesbare Schrift
- Feedback/Erfahrungsaustausch zwischen Anwendern und EDV-Fachleuten
- bessere Kommunikation über Programmänderungen, -verbesserungen
- zeitnahe und ggf. zentrale Aktualisierung und Pflege von Fachvorlagen (insbes. betr. StA)
- Hardware: bessere Bildschirme.

Summa summarum lässt sich konstatieren, dass eine Arbeitszeiterparnis für Richter und Staatsanwälte durch die Einführung der neuen EDV-Systeme nicht erreicht wurde. Teilweise dauern die Arbeitsgänge aufgrund der technischen Ausgestaltung länger als „von Hand“ oder in alten Systemen, teilweise müssen Arbeiten mit erledigt werden, die eigentlich dem Servicebereich obliegen. Dass damit auf Dauer ein Abbau von Geschäftsstellenpersonal erreicht werden soll, liegt

auf der Hand, und wurde im Freitext von etlichen Kollegen ausdrücklich als Negativum aufgeführt.

Letztlich sind die EDV-Systeme Handwerkszeug, sprich, sie müssen eine effiziente Erledigung der Arbeit ermöglichen, nicht jedoch Mittel zur Gestaltung personalpolitischer Vorstellungen. Wenn dann gar noch durch unabänderliche Vorgaben, die über reine Formalien hinausgehen, die Arbeit inhaltlich tangiert wird, kann mit Fug und Recht – wie bei den Antworten aufgeführt – von einem Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit gesprochen werden. Es wird sich keiner gegen Vorlagen für das sogenannte Massengeschäft wehren, weil diese letztlich der Arbeitserleichterung bzw. -bewältigung dienen. Aber es muss insbesondere für den Bereich richterlicher Entscheidungen die technische Möglichkeit bestehen, Texte individuell abzuändern. Abgesehen davon, dass bei sprachlichen und auch noch layout-technischen Missgriffen dann das Ganze aussieht wie „Schreib- und Formatiersversuche von Word-Einsteiger-Kurs-Besuchern“, um einen Kollegen zu zitieren.

Der geschäftsführende Landesvorstand schlägt daher vor, dass das Justizministerium eine eigene Nutzer-Befragung durchführt, damit die Justiz optimal funktionierende und bedarfsgerechte EDV-Systeme zur Unterstützung der täglichen Arbeit bekommt.

Cornelia Praast-Dieterich

## ■ Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

StA Sebastian Wußler, StA Freiburg  
RLG Jan Baudis, LG Ravensburg  
PrLG Thomas Dörr, LG Ravensburg  
RiLG Ann-Kathrin Sasse, LG Ravensburg  
StA Daniel Ebinger, StA Tübingen  
RiSG Stephanie Rieke, SG Reutlingen  
RArbG Oliver Schmitt, ArbG Freiburg  
Ri Claudia Wunderlich, AG/LG Heilbronn  
StA Stefan Zimmermann, StA Karlsruhe  
RiOLG Dr. Birgit Koch, OLG Karlsruhe/ZS Freiburg  
RLG Sebastian Lückhoff, LG Karlsruhe  
RiLG Charlotte Marx, LG Karlsruhe  
RAG Tim Haaf, AG Pforzheim  
RAG Dr. Michael Allmendinger, AG Reutlingen  
StA Dr. Florian Fauser, StA Tübingen  
StA Jochen Schuff, StA Baden-Baden  
RLG Martin Barthelmess, LG Stuttgart  
RiLG Julia Baudis, LG Ravensburg  
RLG Michael Klausner, LG Ulm  
RiAG Dagmar Mosthaf, AG Stuttgart  
RiLG Almut Berger, LG Hechingen

## ■ Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

VROLG a.D. Erich Stöhr, OLG Karlsruhe  
VROLG a.D. Dr. Ulrich Ries, OLG Karlsruhe

